

## Aktuelles Stichwort: Paris und Berlin sehen Bedeutung eines starken europäischen Banken- und Kapitalmarktes

**26. Januar 2023: Anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages haben Frankreich und Deutschland die Herausforderungen unserer Zeit in einer gemeinsamen Erklärung adressiert und sich ein engagiertes Voranschreiten im Sinne einer starken Europäischen Union vorgenommen – auch im Banken- und Kapitalmarktsektor.**

### Europas Zukunft sichern

Die deutsch-französische Erklärung vom 22. Januar unterstreicht die herausfordernden Zeiten, in denen wir uns befinden. Noch deutlicher wird die Tatsache, dass für deren Bewältigung kapitalintensive Investitionen erforderlich sind. So ist zum Beispiel die Beschleunigung der Energiewende und die schnellstmögliche Erreichung der Klimaneutralität nur mit massiven Investitionen in neue Technologien möglich. Auch das Ziel der strategischen Souveränität der Europäischen Union, d. h. die Sicherung ihrer globalen Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit, bedarf neben einem darauf ausgerichteten rechtlichen und politischen Rahmen auch angemessener Finanzierungsbedingungen. Aus diesem Grund ist die Forderung nach ehrgeizigeren Schritten hin zu einer Kapitalmarktunion sowie die Weiterführung der Gespräche zur Vollendung der Bankenunion, wie es in der Erklärung niedergeschrieben ist, essenziell. Dabei steht außer Frage, dass die Finanzierung des Kapitalbedarfs nur aus einer intelligenten Kombination von öffentlichen Mitteln, Bankkrediten und dem Kapitalmarkt geleistet werden kann.

### Regulierung wirkt in zwei Richtungen

Der Bankkredit spielt weiterhin eine unverzichtbare Rolle für die Finanzierung von Unternehmen und Projekten. Banken wollen diese Aufgabe erfüllen – allerdings werden ihnen durch Eigenkapitalvorgaben klare Grenzen gesetzt, die in der Praxis mechanistisch wirken: Höhere Anforderungen zum Vorhalten von Eigenkapital bedeuten automatisch weniger Kreditvergabespielräume auf Seiten der Banken. Daher sollte aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Regulierung des Bankensektors so justiert werden, dass bei einem angemessenen

Stabilitätsgrad des Finanzsektors weiterhin der von der Wirtschaft benötigte Kreditvergabespielraum zur Verfügung gestellt werden kann.

### Finanzaufsicht sollte Blickwinkel erweitern

Die Erweiterung des politischen Mandats für die Finanzaufsicht würde diese Verbindung adressieren. Nicht allein die Finanzmarktstabilität, sondern – wie in anderen Ländern – auch die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Märkte sollte das Mandat daher umfassen.

### Position des Bankenverbandes:

Wir befinden uns am Beginn eines Investitionsjahrzehnts, das es so lange nicht gegeben hat. Dabei ist der Zeitdruck enorm – die Transformation muss jetzt erfolgen. Unterschiedliche Institutionen gehen unisono davon aus, dass hierfür über viele Jahre jährliche Investitionen im mittleren dreistelligen Milliardenbetrag allein in Europa benötigt werden. Daher ist es sehr riskant, wenn die Finanzaufsicht ausschließlich auf die Risiken im Bankensektor schaut und dabei die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft vernachlässigt. Es ist dringend erforderlich – wie in der dt.-frz. Erklärung zu Recht festgehalten – das Potenzial der europäischen Kapitalmärkte vollständig auszuschöpfen. Dies geht nur mit entschlossenen Schritten hin zu einer europäischen Kapitalmarktunion. Ein unverzichtbares Vehikel bleibt in diesem Zusammenhang u. a. die Verbriefung von Krediten. Sie führt die Wünsche des Unternehmens nach Bankkrediten und die des Investors nach Kapitalmarktanlagen im deutschen Mittelstand kontrolliert zusammen.

### Kontakt:

Dr. Markus Kirchner  
Leiter Politik Deutschland  
markus.kirchner@bdb.de

### Schlagwörter:

60 Jahre Élysée-Vertrag  
Bankenunion  
Kapitalmarktunion